

Offener Brief zur Corona-Pandemie und der Situation von Menschen mit verschiedenen Behinderungen und ihren Angehörigen

Die Corona-Pandemie wirkt sich global und lokal auf das Leben aller Menschen aus. In Stuttgart leben rund 45.000 Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung. Viele von ihnen und ihren Angehörigen sind von den Auswirkungen auf den Alltag besonders stark betroffen. Einige von ihnen gehören zur vulnerablen Gruppe, andere werden durch Barrieren im Alltag noch deutlicher eingeschränkt als zuvor. Es ist davon auszugehen, dass sich Covid-19 und seine Folgen noch eine Zeitlang auf den Alltag aller Menschen auswirken wird.

Mit diesem offenen Brief wollen wir die Stadtgesellschaft, Mitmenschen und Verantwortungstragende sensibilisieren. Wir wollen einige behinderungsspezifische Aspekte benennen, und darauf aufmerksam machen, was es künftig verstärkt zu berücksichtigen gilt.

Was die Corona-Pandemie für Menschen mit Behinderung bedeutet:

Blinde und sehbehinderte Menschen können Abstandsmarkierungen oder Plexiglasabtrennungen nur wahrnehmen, wenn diese taktil und kontrastreich gestaltet sind. In Zeiten des Abstandhaltens sind sie noch mehr als sonst darauf angewiesen, freundliche Hinweise zu erhalten. Oft können sie nicht erkennen, dass es eine Warteschlange gibt und wohin diese eigentlich führt. Es hilft ihnen, wenn sie einen Tipp erhalten, wo das Ende der Schlange ist und wann sie vorrücken können. „Ich sage Ihnen gern Bescheid, wenn Sie dran sind.“ oder „Ein Meter rechts von Ihnen ist ein Spender für Desinfektionsmittel.“

Schwerhörige und gehörlose Menschen sind in der Kommunikation mit Personen, die keine Gebärdensprache beherrschen, häufig auf das Lippenablesen oder die Mimik angewiesen. Der Mund-Nasen-Schutz (MNS) bremst die Schallübertragung. Bei zusätzlichem Abstandhalten kommt von der gesprochenen Sprache oft nicht mehr viel beim Schwerhörigen an. Es hilft, wenn sie auf einen MNS treffen, der transparente Teile hat, Schutzwände aus Plexiglas aufgebaut sind, wo kein MNS getragen werden muss und wenn das Gegenüber deutlich spricht. Schwerhörige, die das Lippenablesen nicht oder nur unzureichend beherrschen, sind besonders betroffen.

Barrierefreie Informations- und Wissensvermittlung ist gerade in unbekanntem, krisenhaften Situationen von Bedeutung. Informationen in Gebärdensprache oder mit Untertitel sowie die Erreichbarkeit über Gebärdentelefone wurden z.B. bei der Stadtverwaltung angestoßen. Leichte Sprache in Wort und Schrift hilft nicht nur lernbehinderten Menschen bei der Kommunikation. Es bleibt wichtig, diese Mittel weiter und konsequent anzuwenden.

Es benötigt barrierefreie Informationen im Gesundheitswesen, bei Beratungsstellen, Notrufsystemen und allen systemrelevanten Institutionen.

Mobilitätseingeschränkten Menschen kommen gerade digitale Angebote (z.B. Lieferservice, Plattformen, Bürgerdienste, Mobiles Arbeiten) entgegen, die stark auf Barrierefreiheit angewiesen sind und sie vor Ort noch nicht antreffen. Diese sollten barrierefrei weiterentwickelt, ausgebaut und gefördert werden.

Personen mit psychischer Erkrankung, mit Depressionen, Angst- oder Persönlichkeitsstörungen leiden noch mehr als Gesunde unter dem Zurückfahren sozialer Kontakte. Sie leben krankheitsbedingt oft stärker zurückgezogen und sind häufig auf mühsam aufgebaute Routinen angewiesen. Sie brauchen sichere Kontakte und Behandlungsmöglichkeiten, um gut im Alltag zurechtzukommen.

Für **schwerbehinderte Arbeitnehmer*innen** haben eine adäquate Beschäftigung und eine geregelte Tagesstruktur einen wichtigen Stellenwert. Auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt berichten sie von wirtschaftlichen Existenzsorgen oder Sorge vor Arbeitsverlust, weil sie oftmals nicht leicht (wieder) Arbeit finden. Seitens der Arbeitgeber*innen helfen Verständnis und Konzepte, wie z.B. Homeoffice oder flexible Arbeitszeiten, in diesen besonderen Zeiten. Arbeitgeber erhalten für die Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen über öffentliche Stellen gute Förderungen.

Beschäftigte, die in einer **Werkstatt für Menschen mit Behinderung** arbeiten, erleben massive Einschnitte im Arbeitsleben, da Homeoffice kaum möglich ist und die Werkstätten auch nach dem Lockdown aufgrund der erforderlichen Abstandsvorschriften nur langsam und nicht für alle öffnen können. An vielen Tagen haben sie keine erfüllende Beschäftigung und Struktur.

In **besonderen Wohnformen**, in denen vermehrt Menschen leben, die zur Risikogruppe gehören, galten in der Krisenzeit strengere Regeln als für den Rest der Bevölkerung – für ihre eigene Mobilität oder für die Besuche von Freunden und Angehörigen. Es ist von Bedeutung, dass sie sich bei der Fortschreibung von Konzepten für ihre Wohngruppen beteiligen und diese mitgestalten können. Sie müssen gut informiert und gefragt werden, ihre Erfahrungen einbringen und mitbestimmen können, wie sie leben wollen.

Menschen mit mehrfacher schwerer Behinderung benötigen im Krankenhaus fast immer persönliche Assistenz durch eine Begleitperson. Die Finanzierung ist meist nicht geregelt. Wir sehen die Notwendigkeit, dass die Begleitung für diesen Personenkreis nicht nur, aber gerade in einer Ausnahmesituation, wie sie eine Pandemie darstellt, durch die Krankenversicherung möglich und finanziert sein muss.

Pflegende Angehörige leisten Beachtliches in der Betreuung und Förderung ihrer Kinder und Verwandten mit schwerer Behinderung zuhause. Es kostet viel Kraft, die intensive Begleitung zu managen. Geeignete Angebote von Pflege- und familienentlastenden Diensten, Freizeit- und Ferienangeboten sind für Menschen mit Behinderung und pflegende Angehörige dringend notwendig. Seitens des Bundes, der Länder und Kommunen geht es auch darum, soziale Folgen abzumildern.

Einige, aber nicht per se alle **Kinder und Jugendliche mit schwerer Behinderung** gehören zur Risikogruppe. Unabhängig davon, ob sie einen Sonderschulkindergarten, ein Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ) oder eine Regelschule besuchen bleibt wichtig, dass alle Kitas und Schulen anhand einheitlicher Kriterien Vorkehrungen treffen, damit Förderung und Beschulung der Kinder und Jugendlichen an allen Einrichtungen gleichermaßen möglich ist.

Fazit und Konsequenzen:

Die Belange von Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen müssen künftig im Miteinander und bei der Fortschreibung von Verordnungen und Konzepten mehr Beachtung finden. Sie müssen durch die Interessensvertretung eingebracht und mitgedacht werden.

Die Fortführung des Ausbaus inklusiver Strukturen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention wird gerade in einer Pandemie eine Antwort auf erschwerte Lebensbedingungen sein. Exklusive Strukturen beim Wohnen, in Kita, Schule oder Arbeit und Freizeit erfordern abermals Sonderlösungen, wenn viele Menschen, die der Risikogruppe angehören, an einem Ort zusammenkommen.

Inklusive Lösungen haben eine Individualisierung des Risikos zur Folge, wie bei allen Menschen, die keine Behinderung haben. Wir setzen darauf, dass die Bemühungen um die Verwirklichung von Autonomie, Selbstbestimmung und Teilhaberechte von Menschen mit Behinderung weiter vorangebracht werden.

Wir beobachten mit Sorge, wenn Menschen mit Behinderung sich zurückziehen und länger isoliert leben, als der Rest der Bevölkerung. Es ist notwendig, dass Strategien weiterhin so diskutiert werden, dass bestimmte Gruppen zwar geschützt, aber nicht benachteiligt werden, indem sie für unbestimmte Zeit unter strengeren Einschränkungen oder isoliert leben müssen.

Als sachkundige Mitglieder im Beirat für Menschen mit Behinderung sprechen wir uns für die geltenden Abstands- und Hygiene Regeln aus. Das Abstandhalten und Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung in bestimmten Situationen ist Zeichen eines respektvollen und vernünftigen Miteinanders.

Alle, die es können, bitten wir nachdrücklich, sich daranzuhalten, damit *alle* Menschen gute Bedingungen vorfinden und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Cuma Ak

Yvonne Ganzhorn

Petra Baumann

Markus Geisser

Andrea Berghammer

Barbara Hummel

Holger Bühner

Carmen Kohr

Andreas Döhne

Stephanie Sproll

Lorenz Dorner-Finkbeiner

Brigitte Stähle

Sven Fichtner

Thomas Stetter

Anja Frey

Simone Fischer, Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung